
2016 **Ausgegeben zu Bonn am 25. August 2016** **Nr. 23**

Tag	Inhalt	Seite
30. 3.2016	Bekanntmachung zu dem Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen	995
16. 6.2016	Bekanntmachung der deutsch-kolumbianischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	996
4. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Schiffsvermessungs-Übereinkommens von 1969	998
5. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung des Terrorismus	1001
6. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens des Europarats über Computerkriminalität	1002
6. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst	1003
6. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1997 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe	1003
6. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen	1004
14. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von Nagoya über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt	1004
14. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung	1005
15. 7.2016	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-chinesischen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und über das gleichzeitige Außerkrafttreten des früheren Abkommens vom 10. Juni 1985	1005
15. 7.2016	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-madagassischen Vertrags über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und über das gleichzeitige Außerkrafttreten des früheren Vertrags sowie des Protokolls und der Briefwechsel vom 21. September 1962	1006
18. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Meeresbodenbehörde	1006
18. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption	1007
20. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation	1008
20. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1978 über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten	1009
20. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des TIR-Übereinkommens 1975	1009
20. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen in seiner geänderten Fassung	1010
20. 7.2016	Bekanntmachung zu dem Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs	1011
20. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Dritten Zusatzprotokolls zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen	1011

Tag	Inhalt	Seite
26. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Patentrechtsabkommens	1012
26. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	1012
26. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen	1013
26. 7.2016	Bekanntmachung des Änderungsprotokolls zum Übereinkommen über die Internationale Hydrographische Organisation	1013
26. 7.2016	Bekanntmachung über das Inkrafttreten von Änderungen des Artikels 1 und der Anlage 1 des Übereinkommens über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP)	1023
26. 7.2016	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zweiten Zusatzprotokolls zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen	1023
26. 7.2016	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls über den Beitritt des Königreichs der Niederlande zu dem Übereinkommen über den Bau und Betrieb einer Europäischen Synchrotronstrahlungsanlage	1024

**Bekanntmachung
zu dem Europäischen Übereinkommen
über die Rechtshilfe in Strafsachen**

Vom 30. März 2016

I.

Zu dem Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. 1964 II S. 1369, 1386) hat die Tschechische Republik mit Erklärung vom 30. September 2014 ihre zuletzt am 16. März 1994 geänderte Erklärung zu Artikel 15 Absatz 6 des Übereinkommens (vgl. die Bekanntmachung vom 23. Januar 1997, BGBl. II S. 635) folgendermaßen geändert:

(Übersetzung)

“In accordance with Article 15(6) of the Convention, the Czech Republic declares that:

- a) Requests for assistance originating from pre-trial proceedings shall be sent to the Supreme Prosecutor’s Office of the Czech Republic;
- b) Other requests for assistance shall be sent to the Ministry of Justice of the Czech Republic.”

„Im Einklang mit Artikel 15 Absatz 6 des Übereinkommens erklärt die Tschechische Republik, dass

- a) Rechtshilfeersuchen, die aus Vorverfahren hervorgehen, dem Büro des Obersten Staatsanwalts der Tschechischen Republik zu übermitteln sind;
- b) andere Rechtshilfeersuchen dem Ministerium der Justiz der Tschechischen Republik zu übermitteln sind.“

II.

Dänemark hat am 22. Januar 2015 gegenüber dem Verwahrer folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

“The term ‘judicial authorities’ in Denmark means the courts, the Independent Police Complaints Authority and the prosecution authorities which according to the Danish Administration of Justice Act include the Ministry of Justice, the Director of Public Prosecutions, the state prosecutors and the police commissioners.”

„Der Ausdruck ‚Justizbehörden‘ bezeichnet in Dänemark die Gerichte, die Unabhängige Polizeibeschwerdebehörde und die Strafverfolgungsbehörden, zu denen nach dem dänischen Gerichtsverfassungsgesetz das Ministerium der Justiz, der Generalstaatsanwalt, die staatlichen Staatsanwälte sowie die Polizeipräsidenten gehören.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 25. November 2015 (BGBl. II S. 1619).

Berlin, den 30. März 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
der deutsch-kolumbianischen Vereinbarung
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 16. Juni 2016

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 25. Juni 2015/21. Juli 2015 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kolumbien auf der Grundlage des Abkommens vom 19. Juli 2012 (BGBl. 2013 II S. 11, 12; 2015 II S. 518) über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben: „Sektorreformprogramm Umwelt Phase I“) ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 21. Juli 2015

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 16. Juni 2016

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Paul Garaycochea

Embajada
de la República Federal de Alemania
Bogotá

Bogotá, D.C., 25. Juni 2015

Ihre Exzellenz,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen über Entwicklungszusammenarbeit vom 4. Dezember 2014 sowie auf der Grundlage des Abkommens vom 19. Juli 2012 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kolumbien über Finanzielle Zusammenarbeit folgende Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit vorzuschlagen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Kolumbien, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für das „Sektorreformprogramm Umwelt Phase I“ („Prestamo Programático Desarrollo Sostenible, fase I“) einen Entwicklungskredit von bis zu 75 000 000 EUR (in Worten: fünfundsechzig Millionen Euro) zu erhalten.
2. Die Zusage des unter Nummer 1 genannten Betrags entfällt, soweit nicht innerhalb von 7 Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2021.
3. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Abkommens vom 19. Juli 2012 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kolumbien über Finanzielle Zusammenarbeit auch für dieses Vorhaben.
4. Diese Vereinbarung wird in deutscher und spanischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
5. Diese Vereinbarung kann im gegenseitigen Einvernehmen der Seiten durch einen Notenwechsel geändert werden. Die Änderungen treten am Tag des Erhalts der Antwortnote in Kraft.

Falls sich die Regierung der Republik Kolumbien mit den unter den Nummern 1 bis 5 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Günter Knieß
Botschafter

Ihrer Exzellenz
der Ministerin für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Kolumbien
Frau María Ángela Holguín Cuéllar
Bogotá

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Schiffsvermessungs-Übereinkommens von 1969**

Vom 4. Juli 2016

I.

Das Internationale Schiffsvermessungs-Übereinkommen vom 23. Juni 1969 (BGBl. 1975 II S. 65, 67) ist nach seinem Artikel 17 Absatz 3 für

Albanien	am	3. Juli 2003
Angola	am	4. Januar 2002
Cabo Verde	am	4. Oktober 2003
Cookinseln	am	21. März 2002
Costa Rica	am	27. August 2009
Dominica	am	21. September 2000
Dschibuti	am	12. Januar 2016
Gabun	am	12. Juli 2005
Georgien	am	19. Juli 1994
Grenada	am	28. September 2004
Guatemala	am	20. Mai 2008
Jamaika	am	8. Dezember 2000
Kanada	am	18. Oktober 1994
Kasachstan	am	7. Juni 1994
Kiribati	am	5. Mai 2007
Komoren	am	22. Februar 2001
Kongo	am	7. November 2002
Libyen	am	28. Juli 2005
Marshallinseln	am	25. Juli 1989
Mauretanien	am	24. Februar 1998
Moldau, Republik	am	11. Januar 2006
Mongolei	am	26. September 2002
Namibia	am	27. Februar 2001
Nicaragua	am	2. Mai 1994
Niue	am	18. August 2012
Palau	am	29. Dezember 2011
Papua-Neuguinea	am	25. Januar 1994
Salomonen	am	30. September 2004
Samoa	am	18. August 2004
Sierra Leone	am	26. Oktober 2001
St. Kitts und Nevis	am	11. September 2004
St. Lucia	am	20. August 2004
Sudan	am	21. August 2002
Tansania	am	28. Juni 2001
Turkmenistan	am	4. Mai 2009
Ukraine	am	25. Januar 1994

in Kraft getreten.

Im Zuge der Rechtsnachfolge ist das Übereinkommen zudem für folgende Staaten in Kraft:

Montenegro	seit dem	3. Juni 2006
Serbien ¹	seit dem	27. April 1992.

Im Zuge der Umstrukturierungen der Niederlande (vgl. die Bekanntmachungen vom 9. April 1987 – BGBl. II S. 255 – und vom 29. August 2012 – BGBl. II S. 1027) ist das Übereinkommen für die

Niederlande,		
karibischer Teil (Bonaire, Saba, St. Eustatius)	seit dem	10. Oktober 2010
Curaçao	seit dem	10. Oktober 2010
St. Martin (niederländischer Teil)	seit dem	10. Oktober 2010
Aruba	seit dem	1. Januar 1986

in Kraft.

II.

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation am 15. September 2009 und mit Wirkung von diesem Tag die Erstreckung des Übereinkommens auf die Britischen Jungferninseln notifiziert.

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation am 16. Juni 1995 und mit Wirkung von diesem Tag die Erstreckung des Übereinkommens auf die Falklandinseln (Malwinen) notifiziert.

Das Vereinigte Königreich hat dem Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation am 24. Oktober 2005 und mit Wirkung von diesem Tag die Erstreckung des Übereinkommens auf Jersey notifiziert.

III.

Argentinien hat mit nachstehender Erklärung die von dem Vereinigten Königreich erklärte Ausdehnung des räumlichen Anwendungsbereiches des Übereinkommens auf die Falklandinseln (Malwinen) zurückgewiesen:

(Übersetzung)

“The Argentine Republic rejects the statement by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland in connection with the International Convention on Tonnage Measurement of Ships, 1969, to the effect that the provisions of the Convention shall apply to the Malvinas Islands, South Georgia and South Sandwich Islands ‘with immediate effect’. The Argentine Republic reaffirms its sovereignty over these islands and their surrounding maritime spaces, which constitute an integral part of its national territory.

The Argentine Republic recalls the adoption, by the General Assembly of the United Nations, of resolutions 2065(XX), 3160(XXVIII), 31/49, 37/9, 38/12, 39/6, 40/21, 42/19 and 43/25, acknowledging the existence of a dispute concerning sovereignty and urging the Governments of the Argentine Republic and of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to enter into negotiations with a view to identifying means of pacific and final settlement of the outstanding problems between the two countries, including all

„Die Argentinische Republik weist die Erklärung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland im Zusammenhang mit dem Internationalen Schiffsvermessungs-Übereinkommen von 1969 zurück, mit der das Übereinkommen ‚mit sofortiger Wirkung‘ auf die Malwinen, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln angewendet werden soll. Die Argentinische Republik bekräftigt ihre Souveränität über diese Inseln und den sie jeweils umgebenden Meeresraum, die Bestandteile ihres Hoheitsgebiets sind.

Die Argentinische Republik erinnert daran, dass die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolutionen 2065(XX), 3160(XXVIII), 31/49, 37/9, 38/12, 39/6, 40/21, 42/19 und 43/25 angenommen hat, in denen das Bestehen einer Streitigkeit hinsichtlich der Souveränität zur Kenntnis genommen wird und die Regierungen der Argentinischen Republik und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland nachdrücklich aufgefordert werden, in Verhandlungen einzutreten, um Möglichkeiten einer friedlichen und endgültigen

¹ bis 3. Februar 2003: Bundesrepublik Jugoslawien, vom 4. Februar 2003 bis 2. Juni 2006: Serbien und Montenegro; seit 3. Juni 2006: Republik Serbien

matters concerning the future of the Malvinas Islands, in accordance with the Charter of the United Nations.”

Beilegung der ungelösten Probleme zwischen den beiden Ländern, darunter alle Angelegenheiten betreffend die Zukunft der Malwinen, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen zu ermitteln.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 27. Oktober 1999 (BGBl. II S. 1052) und vom 28. Juli 2003 (BGBl. II S. 789).

Berlin, den 4. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Götz Schmidt-Bremme

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung des Terrorismus**

Vom 5. Juli 2016

I.

Das Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus (BGBl. 2011 II S. 300, 301) wird nach seinem Artikel 23 Absatz 4 für
Monaco am 1. August 2016
in Kraft treten.

II.

Die Bekanntmachungen vom 26. September 2011 (BGBl. II S. 1006) und vom 3. Mai 2013 (BGBl. II S. 677) werden dahin gehend berichtet und ergänzt, dass Dänemark* seinen Vorbehalt gemäß Artikel 20 Absatz 2 des Übereinkommens bereits bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde am 24. April 2007 angebracht hatte. Dieser war gemäß Artikel 20 Absatz 5 des Übereinkommens zunächst bis zum 1. August 2010 gültig und ist mit Erklärung Dänemarks vom 29. April 2010 um drei Jahre, bis zum 1. August 2013, und mit Erklärung Dänemarks vom 19. März 2013 um weitere drei Jahre, bis zum 1. August 2016, erneuert worden.

Dänemark hat nunmehr mit einer Notifikation vom 28. April 2016 erklärt, dass der Vorbehalt um weitere drei Jahre erneuert wird. Der Vorbehalt Dänemarks ist somit bis zum 1. August 2019 gültig.

Die Bekanntmachungen vom 26. September 2011 (BGBl. II S. 1006) und vom 8. August 2013 (BGBl. II S. 1231) werden dahin gehend berichtet und ergänzt, dass die Niederlande* ihren Vorbehalt gemäß Artikel 20 Absatz 2 des Übereinkommens bereits bei Hinterlegung ihrer Annahmearkunde am 22. Juli 2010 angebracht hatten. Dieser war gemäß Artikel 20 Absatz 5 des Übereinkommens zunächst bis zum 1. November 2013 gültig und ist mit Erklärung der Niederlande vom 11. Juli 2013 um weitere drei Jahre, bis zum 1. November 2016, erneuert worden.

Die Niederlande haben nunmehr mit einer Notifikation vom 22. Juni 2016 erklärt, dass der Vorbehalt um weitere drei Jahre erneuert wird. Der Vorbehalt der Niederlande ist somit bis zum 1. November 2019 gültig.

Die Bekanntmachungen vom 26. September 2011 (BGBl. II S. 1006) und vom 8. August 2013 (BGBl. II S. 1231) werden weiterhin dahin gehend berichtet und ergänzt, dass Schweden* seinen Vorbehalt gemäß Artikel 20 Absatz 2 des Übereinkommens bereits bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde am 30. August 2010 angebracht hatte. Dieser war gemäß Artikel 20 Absatz 5 des Übereinkommens zunächst bis zum 1. Dezember 2013 gültig und ist mit Erklärung Schwedens vom 24. Juni 2013 um weitere drei Jahre, bis zum 1. Dezember 2016, erneuert worden.

Schweden hat nunmehr mit einer Notifikation vom 9. Juni 2016 erklärt, dass der Vorbehalt um weitere drei Jahre erneuert wird. Der Vorbehalt Schwedens ist somit bis zum 1. Dezember 2019 gültig.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 25. November 2015 (BGBl. II S. 1619).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.conventions.coe.int einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 5. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Götz Schmidt-Bremme

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens des Europarats
über Computerkriminalität**

Vom 6. Juli 2016

Das Übereinkommen des Europarats vom 23. November 2001 über Computerkriminalität (BGBl. 2008 II S. 1242, 1243) wird nach seinem Artikel 37 Absatz 2 für

Israel* am 1. September 2016 nach Maßgabe von bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde angebrachten Vorbehalten gemäß Artikel 6 Absatz 3, Artikel 9 Absatz 4, Artikel 10 Absatz 3, Artikel 14 Absatz 3, Artikel 22 Absatz 2 und Artikel 29 Absatz 4, jeweils in Verbindung mit Artikel 42, sowie von Erklärungen über die zentralen Behörden und Kontaktstellen gemäß den Artikeln 24, 27 und 35

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 16. Februar 2016 (BGBl. II S. 289).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.conventions.coe.int einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 6. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Götz Schmidt-Bremme

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft
zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst**

Vom 6. Juli 2016

Die Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst in der in Paris am 24. Juli 1971 beschlossenen Fassung, geändert am 2. Oktober 1979 (BGBl. 1973 II S. 1069, 1071; 1985 II S. 81), wird nach ihrem Artikel 28 Absatz 2 Buchstabe c und Absatz 3 für

Niue am 24. September 2016
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 4. Mai 2016 (BGBl. II S. 614).

Berlin, den 6. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Götz Schmidt-Bremme

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls von 1997
zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1973
zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe**

Vom 6. Juli 2016

Das Protokoll vom 26. September 1997 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens vom 2. November 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der durch das Protokoll vom 17. Februar 1978 geänderten Fassung (BGBl. 2003 II S. 130, 132) wird nach seinem Artikel 6 Absatz 2 für

St. Lucia am 26. August 2016
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. November 2015 (BGBl. 2016 II S. 22).

Berlin, den 6. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Götz Schmidt-Bremme

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen**

Vom 6. Juli 2016

Das Übereinkommen vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen (BGBl. 1976 II S. 473, 474) wird nach seinem Artikel 39 Absatz 2 für

Mali am 25. August 2016
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 27. Mai 2016 (BGBl. II S. 730).

Berlin, den 6. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Götz Schmidt-Bremme

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von Nagoya
über den Zugang zu genetischen Ressourcen
und die ausgewogene und gerechte Aufteilung
der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile
zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt**

Vom 14. Juli 2016

Das Protokoll von Nagoya vom 29. Oktober 2010 über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt (BGBl. 2015 II S. 1481, 1483) wird nach seinem Artikel 33 Absatz 2 für

China* am 6. September 2016
unter Ausschluss der Anwendbarkeit auf Hongkong und Macao
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. Juni 2016 (BGBl. II S. 861).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Protokoll, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Protokoll zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 14. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Basler Übereinkommens
über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung
gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung**

Vom 14. Juli 2016

Das Basler Übereinkommen vom 22. März 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (BGBl. 1994 II S. 2703, 2704) wird nach seinem Artikel 25 Absatz 2 für

Tadschikistan am 28. September 2016
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 10. März 2015 (BGBl. II S. 455).

Berlin, den 14. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-chinesischen Abkommens
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und zur Verhinderung der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
und über das gleichzeitige Außerkrafttreten
des früheren Abkommens vom 10. Juni 1985**

Vom 15. Juli 2016

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2015 zu dem Abkommen vom 28. März 2014 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (BGBl. 2015 II S. 1647, 1648) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 32 Absatz 1

am 6. April 2016

in Kraft getreten ist.

Nach Artikel 32 Absatz 3 Satz 1 dieses Abkommens ist das Abkommen vom 10. Juni 1985 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (BGBl. 1986 II S. 446, 447)

mit Ablauf des 5. April 2016

außer Kraft getreten.

Berlin, den 15. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-madagassischen Vertrags
über die gegenseitige Förderung
und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
und über das gleichzeitige Außerkrafttreten
des früheren Vertrags sowie des Protokolls
und der Briefwechsel vom 21. September 1962**

Vom 15. Juli 2016

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 2. Juni 2008 zu dem Vertrag vom 1. August 2006 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Madagaskar über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 2008 II S. 478, 479) wird bekannt gemacht, dass der Vertrag nach seinem Artikel 14 Absatz 2

am 17. Oktober 2015

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden wurden am 17. September 2015 in Antananarivo ausgetauscht.

Nach Artikel 14 Absatz 4 dieses Vertrags sind der Vertrag vom 21. September 1962 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Madagaskar über die Förderung von Kapitalanlagen sowie das Protokoll und die fünf Briefwechsel vom gleichen Tag (BGBl. 1965 II S. 369, 370, 375, 378)

mit Ablauf des 16. Oktober 2015

außer Kraft getreten.

Berlin, den 15. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten
der Internationalen Meeresbodenbehörde**

Vom 18. Juli 2016

Das Protokoll vom 27. März 1998 über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Meeresbodenbehörde (BGBl. 2007 II S. 195, 196) wird nach seinem Artikel 18 Absatz 2 für

Senegal

am 10. August 2016

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. Juni 2016 (BGBl. II S. 861).

Berlin, den 18. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Haager Übereinkommens über den Schutz von Kindern
und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption**

Vom 18. Juli 2016

I.

Das Haager Übereinkommen vom 29. Mai 1993 über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption (BGBl. 2001 II S. 1034, 1035) ist nach seinem Artikel 46 Absatz 2 Buchstabe a für

Côte d'Ivoire am 1. Oktober 2015

Namibia* am 1. Januar 2016

nach Maßgabe von Erklärungen zu den Artikeln 15, 16, 17 Buchstabe a, den Artikeln 19 sowie 39 Absatz 2 des Übereinkommens

Sambia am 1. Oktober 2015

in Kraft getreten.

II.

Die Bekanntmachung vom 5. August 2014 (BGBl. II S. 527) wird dahin gehend ergänzt, dass Kroatien* bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde am 5. Dezember 2013 Erklärungen gemäß Artikel 22 Absatz 4 und gemäß Artikel 25 sowie zu den Artikeln 34, 17, 21, 28 und 34 des Übereinkommens abgegeben hat.

Die Bekanntmachung vom 25. Oktober 2012 (BGBl. II S. 1360) wird dahin gehend ergänzt, dass Montenegro* bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde am 9. März 2012 Erklärungen gemäß Artikel 22 Absatz 4, gemäß Artikel 25 und zu Artikel 34 des Übereinkommens abgegeben hat.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. August 2014 (BGBl. II S. 527).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und niederländischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treatydatabase.overheid.nl> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 18. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Haager Übereinkommens
zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden
von der Legalisation**

Vom 20. Juli 2016

Das Haager Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation (BGBl. 1965 II S. 875, 876) wird nach seinem Artikel 12 Absatz 3 für

Brasilien* am 14. August 2016
nach Maßgabe einer Erklärung zu Artikel 13 des Übereinkommens

Chile am 30. August 2016

in Kraft treten.

Kosovo hat am 6. November 2015 seine Beitrittsurkunde gemäß Artikel 12 Absatz 1 des Übereinkommens hinterlegt. Die Bundesrepublik Deutschland hat am 12. Mai 2016 einen Einspruch gemäß Artikel 12 Absatz 2 des Übereinkommens gegen den Beitritt Kosovos eingelegt. Das Übereinkommen ist nach Artikel 12 Absatz 2 des Übereinkommens somit im Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Kosovo nicht in Kraft.

Marokko hat am 27. November 2015 seine Beitrittsurkunde gemäß Artikel 12 Absatz 1 des Übereinkommens hinterlegt. Die Bundesrepublik Deutschland hat am 14. Juni 2016 einen Einspruch gemäß Artikel 12 Absatz 2 des Übereinkommens gegen den Beitritt Marokkos eingelegt. Das Übereinkommen ist nach Artikel 12 Absatz 2 des Übereinkommens somit im Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Marokko nicht in Kraft.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 16. Dezember 2015 (BGBl. 2016 II S. 43).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht unter <http://www.hcch.net> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 20. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens von 1978
über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen
und den Wachdienst von Seeleuten**

Vom 20. Juli 2016

Das Internationale Übereinkommen vom 7. Juli 1978 über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten (BGBl. 1982 II S. 297, 298; 2016 II S. 162, 163) wird nach seinem Artikel XIV Absatz 4 für die

Dominikanische Republik am 9. September 2016
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. November 2015 (BGBl. 2016 II S. 23).

Berlin, den 20. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des TIR-Übereinkommens 1975**

Vom 20. Juli 2016

Das Zollübereinkommen vom 14. November 1975 über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR – TIR-Übereinkommen – (BGBl. 1979 II S. 445, 446; 2015 II S. 501, 502) wird nach seinem Artikel 53 Absatz 2 für

China* am 5. Januar 2017
nach Maßgabe eines Vorbehalts nach Artikel 58 des Übereinkommens und
unter Ausschluss der Anwendbarkeit auf Hongkong und Macau
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. August 2015 (BGBl. II S. 1169).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 20. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen
in seiner geänderten Fassung**

Vom 20. Juli 2016

Das Übereinkommen vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen in seiner durch das Protokoll vom 27. Mai 2010 zur Änderung des Übereinkommens geänderten Fassung (BGBl. 2015 II S. 966, 967, 986) wird nach Artikel 28 Absatz 3 des Übereinkommens in Verbindung mit Artikel IX Absatz 3 des Protokolls für

Barbados* am 1. November 2016
nach Maßgabe von Vorbehalten gemäß Artikel 30 sowie von Erklärungen
gemäß Artikel 4 Absatz 3 und gemäß Artikel 9 Absatz 3 des Übereinkom-
mens

Chile* am 1. November 2016
nach Maßgabe von Vorbehalten gemäß Artikel 30 sowie von Erklärungen
gemäß Artikel 4 Absatz 3 und gemäß Artikel 9 Absatz 3 des Übereinkom-
mens

Nauru am 1. Oktober 2016

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. Juni 2016 (BGBl. II S. 892).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen und zu dem Protokoll, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Das Gleiche gilt für die Angaben zu den Anlagen A, B und C zu dem Übereinkommen. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.conventions.coe.int einsehbar.

Berlin, den 20. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
zu dem Rahmenübereinkommen der WHO
zur Eindämmung des Tabakgebrauchs**

Vom 20. Juli 2016

Die Tschechische Republik* hat am 8. Juli 2016 bezugnehmend auf die Erklärung von Australien vom 5. Januar 2015 (vgl. die Bekanntmachung vom 18. Februar 2015, BGBl. II S. 323) eine weitere Erklärung zu Artikel 5 Absatz 3 des Rahmenübereinkommens der WHO vom 21. Mai 2003 zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (BGBl. 2004 II S. 1538, 1539) abgegeben.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 25. März 2015 (BGBl. II S. 510).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 20. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Dritten Zusatzprotokolls
zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen**

Vom 20. Juli 2016

Das Dritte Zusatzprotokoll vom 10. November 2010 (BGBl. 2014 II S. 1062, 1063) zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1964 II S. 1369, 1371) wird nach seinem Artikel 14 Absatz 3 für die

Türkei* am 1. November 2016
nach Maßgabe von Erklärungen gemäß Artikel 4 Absatz 5 und Artikel 5 des
Zusatzprotokolls sowie einer Erklärung zu Zypern

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 8. Juni 2016 (BGBl. II S. 857).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Protokoll, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.conventions.coe.int einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 20. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Patentzusammenarbeitsvertrages**

Vom 26. Juli 2016

Der Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens – Patentzusammenarbeitsvertrag –, der zuletzt am 2. Oktober 2001 geändert worden ist (BGBl. 1976 II S. 649, 664; 2002 II S. 727, 728), wird nach seinem Artikel 63 Absatz 2 für

Dschibuti am 23. September 2016
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 29. Juni 2016 (BGBl. II S. 935).

Berlin, den 26. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Haager Übereinkommens über die Zustellung
gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland
in Zivil- oder Handelssachen**

Vom 26. Juli 2016

Das Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1453) ist nach seinem Artikel 28 Absatz 3 für

Kasachstan* am 1. Juni 2016
nach Maßgabe einer Erklärung zu Artikel 5 Absatz 3 und gemäß Artikel 16
des Übereinkommens

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 16. Dezember 2015 (BGBl. 2016 II S. 43).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht unter <http://www.hcch.net> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 26. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens
zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen**

Vom 26. Juli 2016

Dänemark* hat seine am 20. März 2007 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Internationalen Übereinkommen vom 13. April 2005 zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen (BGBl. 2007 II S. 1586, 1587) abgegebene Erklärung des Ausschlusses der Anwendung auf Grönland (vgl. die Bekanntmachung vom 15. Mai 2008, BGBl. II S. 671) mit Erklärung vom 15. Juli 2016 zurückgenommen.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 10. Mai 2016 (BGBl. II S. 617).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 26. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
des Änderungsprotokolls zum Übereinkommen
über die Internationale Hydrographische Organisation**

Vom 26. Juli 2016

Das mit der Resolution vom 14. April 2005 auf der 3. Außerordentlichen Internationalen Hydrographischen Konferenz angenommene Änderungsprotokoll zum Übereinkommen vom 3. Mai 1967 über die Internationale Hydrographische Organisation (BGBl. 1969 II S. 417, 418) wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Der Tag, an dem die Änderungen des Übereinkommens nach Artikel 20 des Änderungsprotokolls für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, wird im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben.

Die Bundesrepublik Deutschland hat dem Änderungsprotokoll mit folgendem Vorbehalt zugestimmt:

„Die Bundesrepublik Deutschland erklärt, dass sie Artikel 18 des Änderungsprotokolls zum Übereinkommen über die Internationale Hydrographische Organisation und folglich Artikel XXI neuer Fassung des Übereinkommens über die Internationale Hydrographische Organisation nur dann anwendet, wenn die für ihre Anwendungen erforderlichen Voraussetzungen der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland erfüllt sind.“

Berlin, den 26. Juli 2016

Bundesministerium
für Verkehr und digitale Infrastruktur
Im Auftrag
Reinhard Klingen

**Änderungsprotokoll
zum Übereinkommen
über die Internationale Hydrographische Organisation
(November 2005)**

**Protocole
visant a modifier
la Convention relative
a l'Organisation hydrographique internationale
(Novembre 2005)**

**Protocol
of Amendments
to the Convention
on the International Hydrographic Organization
(November 2005)**

(Übersetzung)

Article 1

1. Le titre du Préambule est remplacé par le texte suivant:

«Les Etats Parties à la présente Convention»

2. Les paragraphes suivants sont insérés en tant que nouveaux second, troisième et quatrième paragraphes du Préambule:

«Considerant que l'Organisation hydrographique internationale est une organisation internationale compétente mentionnée en tant que telle dans la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer, qui coordonne, à l'échelle mondiale, l'établissement de normes pour la production de données et la fourniture de services hydrographiques, et qui aide au renforcement des capacités des services hydrographiques nationaux;

Considerant que l'Organisation hydrographique internationale a pour vocation d'être l'autorité hydrographique mondiale qui incite activement l'ensemble des Etats côtiers et des Etats concernés, à faire progresser la sécurité et le bon fonctionnement du secteur maritime et qui soutient la protection et l'utilisation durable de l'environnement marin;

Considerant que l'Organisation hydrographique internationale a pour mission de créer un environnement global au sein duquel les Etats fournissent des données, des produits et des services hydrographiques, appropriés, en temps opportun, et en assurent la plus large utilisation possible; et»

Article 1

1. The Heading of the Preamble is amended to read as follows:

“The States Parties to this Convention”

2. The following paragraphs are added as the new second, third and fourth paragraphs of the Preamble:

„Considering that the International Hydrographic Organization is a competent international organization, as referred to in the United Nations Convention on the Law of the Sea, which coordinates on a worldwide basis the setting of standards for the production of hydrographic data and the provision of hydrographic services and which facilitates capacity building of national hydrographic services;

Considering that the vision of the International Hydrographic Organization is to be the authoritative worldwide hydrographic body which actively engages all coastal and interested States to advance maritime safety and efficiency and which supports the protection and sustainable use of the marine environment;

Considering that the mission of the International Hydrographic Organization is to create a global environment in which States provide adequate and timely hydrographic data, products and services and ensure their widest possible use; and”

Artikel 1

1. Die Überschrift der Präambel erhält folgenden Wortlaut:

„Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens –“

2. Die folgenden Absätze werden als neuer zweiter, dritter und vierter Beweggrund der Präambel eingefügt:

„von der Erwägung geleitet, dass die Internationale Hydrographische Organisation eine zuständige internationale Organisation im Sinne des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen ist, die weltweit die Festlegung von Normen für die Erstellung hydrographischer Daten und die Bereitstellung hydrographischer Dienstleistungen koordiniert und die Stärkung der Fähigkeiten nationaler hydrographischer Dienste fördert;

von der Erwägung geleitet, dass die Internationale Hydrographische Organisation dazu bestimmt ist, die weltweit maßgebende hydrographische Einrichtung zu sein, die alle Küstenstaaten und interessierten Staaten aktiv dazu anhält, die Sicherheit und Leistungsfähigkeit der Seeschifffahrt zu fördern, und die den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Meeresumwelt unterstützt;

von der Erwägung geleitet, dass die Internationale Hydrographische Organisation die Aufgabe hat, ein weltweites Umfeld zu schaffen, in dem die Staaten geeignete und aktuelle hydrographische Daten, Produkte und Dienstleistungen zur Verfügung stellen und für deren weitestmöglichen Einsatz sorgen;“

Article 2

Le texte de l'article II de la Convention est remplacé par le texte suivant:

«L'Organisation a un caractère consultatif et technique. Elle a pour but:

- (a) de promouvoir l'utilisation de l'hydrographie pour la sécurité de la navigation ainsi que pour toute autre activité maritime et d'accroître la prise de conscience générale de l'importance de l'hydrographie;
- (b) d'améliorer, au niveau mondial, la disponibilité et la qualité des données, informations, produits et services hydrographiques ainsi que de rendre leur accès plus facile;
- (c) d'améliorer, au niveau mondial, les capacités, les moyens, la formation, les sciences et les techniques hydrographiques;
- (d) d'organiser et d'améliorer le développement de normes internationales pour les données, informations, produits, services et techniques hydrographiques ainsi que de parvenir à la plus grande uniformité possible dans l'utilisation de ces normes;
- (e) de donner des conseils faisant autorité, en temps opportun, aux Etats et organisations internationales, sur tout sujet ayant trait à l'hydrographie;
- (f) de faciliter la coordination des activités hydrographiques des Etats membres; et
- (g) d'accroître la coopération des activités hydrographiques entre les Etats, sur une base régionale.»

Article 3

Le texte de l'article III de la Convention est remplacé par le texte suivant:

«Sont Etats membres de l'Organisation les Etats Parties à cette Convention.»

Article 4

Le texte de l'article IV de la Convention est remplacé par le texte suivant:

«L'Organisation comprend:

- (a) l'Assemblée;
- (b) le Conseil;
- (c) la Commission des finances;
- (d) le Secrétariat, et
- (e) tout organe subsidiaire.»

Article 5

Le texte de l'article V de la Convention est remplacé par le texte suivant:

- (a) «L'Assemblée est l'organe principal de l'Organisation et a les pleins pouvoirs, à moins qu'il n'en soit disposé autrement dans la présente Convention ou

Article 2

Article II of the Convention is amended to read as follows:

“The Organization shall have a consultative and technical nature. It shall be the object of the Organization:

- (a) To promote the use of hydrography for the safety of navigation and all other marine purposes and to raise global awareness of the importance of hydrography;
- (b) To improve global coverage, availability and quality of hydrographic data, information, products and services and to facilitate access to such data, information, products and services;
- (c) To improve global hydrographic capability, capacity, training, science and techniques;
- (d) To establish and enhance the development of international standards for hydrographic data, information, products, services and techniques and to achieve the greatest possible uniformity in the use of these standards;
- (e) To give authoritative and timely guidance on all hydrographic matters to States and international organizations;
- (f) To facilitate coordination of hydrographic activities among the Member States; and
- (g) To enhance cooperation on hydrographic activities among States on a regional basis.”

Article 3

Article III of the Convention is amended to read as follows:

“The Member States of the Organization are the States Parties to this Convention.”

Article 4

Article IV of the Convention is amended to read as follows:

“The Organization shall comprise:

- (a) The Assembly;
- (b) The Council;
- (c) The Finance Committee;
- (d) The Secretariat; and
- (e) Any subsidiary organs.”

Article 5

Article V of the Convention is amended to read as follows:

- (a) “The Assembly is the principal organ and shall have all the powers of the Organization unless otherwise regulated by the Convention or delegated

Artikel 2

Artikel II des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Die Organisation hat einen beratenden und fachlichen Charakter. Zweck der Organisation ist es,

- a) den Einsatz der Hydrographie für die Sicherheit der Schifffahrt und alle anderen maritimen Zwecke zu fördern und das Bewusstsein für die Bedeutung der Hydrographie weltweit zu stärken,
- b) die weltweite Abdeckung mit hydrographischen Daten, Informationen, Produkten und Dienstleistungen sowie die Verfügbarkeit und Qualität dieser zu verbessern und den Zugang zu ihnen zu erleichtern,
- c) die hydrographischen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden sowie die hydrographische Ausbildung und Wissenschaft weltweit zu verbessern,
- d) internationale Normen für hydrographische Daten, Informationen, Produkte, Dienstleistungen und Methoden aufzustellen und ihre Entwicklung zu fördern sowie eine möglichst weitgehende Einheitlichkeit bei der Verwendung dieser Normen zu erreichen,
- e) Staaten und internationale Organisationen maßgebend und zeitnah in allen hydrographischen Angelegenheiten zu beraten,
- f) die Koordination hydrographischer Tätigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten zu erleichtern und
- g) die Zusammenarbeit der Staaten bei hydrographischen Tätigkeiten auf regionaler Ebene zu verbessern.“

Artikel 3

Artikel III des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Die Mitgliedstaaten der Organisation sind die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens.“

Artikel 4

Artikel IV des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Die Organisation umfasst

- a) die Versammlung,
- b) den Rat,
- c) den Finanzausschuss,
- d) das Sekretariat und
- e) sonstige Nebenorgane.“

Artikel 5

Artikel V des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

- „a) Die Versammlung ist das Hauptorgan der Organisation; sie verfügt über sämtliche Befugnisse der Organisation, sofern in diesem Übereinkommen

- | | | |
|--|---|---|
| que l'Assemblée n'ait délégué certaines de ses attributions à d'autres organes. | by the Assembly to other organs. | nichts anderes geregelt ist oder Befugnisse von der Versammlung auf andere Organe übertragen worden sind. |
| (b) L'Assemblée se compose de tous les Etats membres. | (b) The Assembly shall be composed of all Member States. | b) Die Versammlung besteht aus allen Mitgliedstaaten. |
| (c) L'Assemblée se réunit en session ordinaire tous les trois ans. Elle peut se réunir en sessions extraordinaires à la requête d'un Etat membre ou du Conseil ou du Secrétaire général, sous réserve de l'approbation de la majorité des Etats membres. | (c) The Assembly shall meet in ordinary session every three years. Extraordinary sessions of the Assembly may be held at the request of a Member State or of the Council or of the Secretary-General, subject to the approval of the majority of the Member States. | c) Die Versammlung tritt alle drei Jahre zu einer ordentlichen Tagung zusammen. Auf Antrag eines Mitgliedstaats, des Rates oder des Generalsekretärs können vorbehaltlich der Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedstaaten außerordentliche Tagungen der Versammlung anberaumt werden. |
| (d) La majorité des Etats membres constitue le quorum lors des réunions de l'Assemblée. | (d) A majority of the Member States shall constitute a quorum for the meetings of the Assembly. | d) Die Versammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitgliedstaaten vertreten ist. |
| (e) L'Assemblée a pour attributions: | (e) The functions of the Assembly shall be to: | e) Die Versammlung hat die Aufgabe, |
| (i) d'élire son Président et son Vice-président; | (i) Elect its Chair and Vice-Chair; | i) ihren Vorsitzenden und ihren stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen, |
| (ii) d'établir ses Règles de procédure ainsi que celles du Conseil, de la Commission des finances et de tout organe subsidiaire de l'Organisation; | (ii) Determine its own rules of procedure and those of the Council, the Finance Committee and any subsidiary organ of the Organization; | ii) sich, dem Rat, dem Finanzausschuss sowie allen Nebenorganen der Organisation eine Geschäftsordnung zu geben, |
| (iii) conformément au Règlement général, procéder à l'élection du Secrétaire général ainsi qu'à celle des Directeurs et fixer leurs conditions d'emploi; | (iii) In accordance with the General Regulations, elect the Secretary-General and the Directors and determine the terms and conditions of their service; | iii) in Übereinstimmung mit der Allgemeinen Geschäftsordnung ¹ den Generalsekretär und die Direktoren zu wählen und die Bedingungen für deren Tätigkeit festzulegen, |
| (iv) de créer des organes subsidiaires; | (iv) Establish subsidiary organs; | iv) Nebenorgane einzusetzen, |
| (v) d'arrêter le programme d'action général, la stratégie et le programme de travail de l'Organisation; | (v) Decide the overall policy, strategy and work programme of the Organization; | v) die allgemeine Ausrichtung, die Strategie und das Arbeitsprogramm der Organisation zu beschließen, |
| (vi) d'examiner les rapports qui lui sont présentés par le Conseil; | (vi) Consider reports put to it by the Council; | vi) ihr vom Rat vorgelegte Berichte zu prüfen, |
| (vii) d'examiner les observations et recommandations qui lui sont présentées par les Etats membres, le Conseil ou le Secrétaire général; | (vii) Consider the observations and recommendations put to it by any Member State, the Council or the Secretary-General; | vii) ihr von Mitgliedstaaten, dem Rat oder dem Generalsekretär vorgelegte Bemerkungen und Empfehlungen zu prüfen, |
| (viii) de prendre des décisions sur la base des propositions qui lui sont présentées par les Etats membres, le Conseil ou le Secrétaire général; | (viii) Decide on any proposals put to it by any Member State, the Council or the Secretary-General; | viii) über Vorschläge zu entscheiden, die ihr von Mitgliedstaaten, dem Rat oder dem Generalsekretär vorgelegt wurden, |
| (ix) d'examiner les dépenses, approuver les comptes et arrêter les dispositions financières de l'Organisation; | (ix) Review the expenditures, approve the accounts and determine the financial arrangements of the Organization; | ix) die Ausgaben zu prüfen, den Rechnungsabschluss zu genehmigen und die Finanzregelungen der Organisation festzulegen, |
| (x) d'approuver le budget triennal de l'Organisation; | (x) Approve the three-year budget of the Organization; | x) den Dreijahreshaushalt der Organisation zu genehmigen, |
| (xi) de prendre toute décision concernant les services opérationnels; | (xi) Decide on operational services; | xi) über betriebsinterne Dienstleistungen zu entscheiden, |
| (xii) de prendre toute décision sur tout sujet qui relève de la compétence de l'Organisation; et | (xii) Decide on any other matters within the scope of the Organization; and | xii) über alle sonstigen in den Zuständigkeitsbereich der Organisation fallenden Angelegenheiten zu entscheiden und |

¹ Anm. d. Übers.: „Allgemeine Geschäftsordnung“ ist die neue deutsche Bezeichnung des Dokuments, das im bisherigen Übereinkommen (BGBl. 1969 II 417) als „Geschäftsordnung“ bezeichnet worden war.

(xiii) de déléguer, lorsque cela est approprié et nécessaire, des responsabilités au Conseil.»

(xiii) Delegate, where appropriate and necessary, responsibilities to the Council.”

xiii) dem Rat, soweit angemessen und erforderlich, Aufgaben zu übertragen.“

Article 6

Le texte de l'article VI de la Convention est remplacé par le texte suivant:

- (a) «Un quart des Etats membres, mais pas moins de trente, siègent au Conseil, les deux premiers tiers sur la base d'une représentation régionale et le tiers restant sur la base des intérêts hydrographiques, qui sont définis dans le Règlement général.
- (b) Les principes qui régissent la composition du Conseil sont exposés dans le Règlement général.
- (c) Les membres du Conseil restent en fonction jusqu'à la clôture de la session ordinaire suivante de l'Assemblée.
- (d) Deux tiers des membres du Conseil constituent le quorum.
- (e) Le Conseil se réunit au moins une fois par an.
- (f) Les Etats membres qui ne sont pas membres du Conseil peuvent participer aux délibérations de celui-ci, sans droit de vote.
- (g) Le Conseil a pour attributions:
 - (i) d'élire son Président et son Vice-président, lesquels restent en fonction jusqu'à la clôture de la session ordinaire suivante de l'Assemblée;
 - (ii) d'exercer les responsabilités qui peuvent lui être déléguées par l'Assemblée;
 - (iii) de coordonner les activités de l'Organisation entre les sessions de l'Assemblée, dans le cadre de la stratégie, du programme de travail et des dispositions financières décidés par l'Assemblée;
 - (iv) de faire rapport à l'Assemblée, à chaque session ordinaire, du travail accompli par l'Organisation;
 - (v) de préparer, avec l'aide du Secrétaire général, les propositions relatives à la stratégie d'ensemble et au programme de travail qui sont adoptées par l'Assemblée;
 - (vi) d'examiner les comptes et prévisions budgétaires préparés par le Secrétaire général et de les soumettre, pour approbation, à l'Assemblée, accompagnés de ses observations et recommandations quant à la ventilation des prévisions budgétaires;

Article 6

Article VI of the Convention is amended to read as follows:

- (a) “One-fourth of, but not less than thirty, Member States shall take seats in the Council, the first two-thirds of whom shall take their seats on a regional basis and the remaining one-third on the basis of hydrographic interests, which shall be defined in the General Regulations.
- (b) The principles for the composition of the Council shall be laid down in the General Regulations.
- (c) Members of the Council shall hold office until the end of the next ordinary session of the Assembly.
- (d) Two-thirds of the members of the Council shall constitute a quorum.
- (e) The Council shall meet at least once a year.
- (f) Member States not being members of the Council may participate in Council meetings but shall not be entitled to vote.
- (g) The functions of the Council shall be to:
 - (i) Elect its Chair and Vice-Chair, each of whom shall hold office until the end of the next ordinary session of the Assembly;
 - (ii) Exercise such responsibilities as may be delegated to it by the Assembly;
 - (iii) Co-ordinate, during the inter-Assembly period, the activities of the Organization within the framework of the strategy, work programme and financial arrangements, as decided by the Assembly;
 - (iv) Report to the Assembly at each ordinary session on the work of the Organization;
 - (v) Prepare, with the support of the Secretary-General, proposals concerning the overall strategy and the work programme to be adopted by the Assembly;
 - (vi) Consider the financial statements and budget estimates prepared by the Secretary-General and submit them for approval to the Assembly with comments and recommendations regarding programmatic allocations of the budget estimates;

Artikel 6

Artikel VI des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

- „a) Ein Viertel der Mitgliedstaaten, mindestens jedoch dreißig, erhalten Sitze im Rat; zwei Drittel davon werden auf regionaler Grundlage und ein Drittel auf der Grundlage hydrographischer Interessen besetzt, die in der Allgemeinen Geschäftsordnung bestimmt werden.
- b) Die Grundsätze für die Zusammensetzung des Rates werden in der Allgemeinen Geschäftsordnung festgelegt.
- c) Die Mitglieder des Rates üben ihr Amt bis zum Ende der nächsten ordentlichen Tagung der Versammlung aus.
- d) Der Rat ist beschlussfähig, wenn zwei Drittel seiner Mitglieder vertreten sind.
- e) Der Rat tritt mindestens einmal jährlich zusammen.
- f) Mitgliedstaaten, die nicht Mitglieder des Rates sind, können an Sitzungen des Rates teilnehmen, sind aber nicht stimmberechtigt.
- g) Der Rat hat die Aufgabe,
 - i) seinen Vorsitzenden und seinen stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen, die ihr Amt jeweils bis zum Ende der nächsten ordentlichen Tagung der Versammlung ausüben,
 - ii) die ihm von der Versammlung gegebenenfalls übertragenen Aufgaben wahrzunehmen,
 - iii) in der Zeit zwischen den Tagungen der Versammlung die Tätigkeit der Organisation im Rahmen der Strategie, des Arbeitsprogramms und der Finanzregelungen, wie sie von der Versammlung beschlossen wurden, zu koordinieren,
 - iv) der Versammlung auf jeder ordentlichen Tagung über die Arbeit der Organisation Bericht zu erstatten,
 - v) mit Unterstützung des Generalsekretärs von der Versammlung zu beschließende Vorschläge zur allgemeinen Strategie und zum Arbeitsprogramm auszuarbeiten,
 - vi) die vom Generalsekretär ausgearbeiteten Finanzberichte und Haushaltsvoranschläge zu prüfen und sie der Versammlung zusammen mit Erläuterungen und Empfehlungen zur programmatischen Zuweisung der Haushaltsvoranschläge zur Genehmigung vorzulegen,

- | | | |
|--|--|---|
| <p>(vii) d'examiner les propositions qui lui sont soumises par les organes subsidiaires et:</p> <ul style="list-style-type: none"> • de les soumettre à l'Assemblée pour toutes les questions nécessitant des décisions par l'Assemblée; • de les renvoyer devant l'organe subsidiaire qui en est à l'origine, si le Conseil le juge nécessaire; • ou de les adresser aux Etats membres pour adoption, par correspondance; <p>(viii) de proposer à l'Assemblée la création d'organes subsidiaires; et</p> <p>(ix) d'examiner les projets d'accords entre l'Organisation et d'autres organisations puis de les soumettre à l'Assemblée, pour approbation.»</p> | <p>(vii) Review proposals submitted to it by subsidiary organs and refer them:</p> <ul style="list-style-type: none"> • To the Assembly for all matters requiring decisions by the Assembly; • Back to the subsidiary organ if considered necessary; or • To the Member States for adoption, through correspondence; <p>(viii) Propose to the Assembly the establishment of subsidiary organs; and</p> <p>(ix) Review draft agreements between the Organization and other organizations, and submit them to the Assembly for approval.»</p> | <p>vii) die ihm von Nebenorganen unterbreiteten Vorschläge zu prüfen und</p> <ul style="list-style-type: none"> • sie bei Angelegenheiten, die eines Beschlusses der Versammlung bedürfen, an die Versammlung zu verweisen, • sie, falls es für erforderlich erachtet wird, an das Nebenorgan zurückzuverweisen oder • sie an die Mitgliedstaaten zur schriftlichen Annahme zu verweisen, <p>viii) der Versammlung die Einsetzung von Nebenorganen vorzuschlagen und</p> <p>ix) Entwürfe von Abkommen zwischen der Organisation und anderen Organisationen zu prüfen und sie der Versammlung zur Annahme zu unterbreiten.«</p> |
|--|--|---|

Article 7

Le texte de l'article VII de la Convention est remplacé par le texte suivant:

- (a) «La Commission des finances est ouverte à tous les Etats membres. Chaque Etat membre dispose d'une voix.
- (b) La Commission des finances se réunit normalement conjointement avec chaque session ordinaire de l'Assemblée et peut, en outre, tenir d'autres réunions en tant que de besoin.
- (c) La Commission des finances a pour attributions d'examiner les comptes, prévisions budgétaires et rapports sur des questions administratives préparés par le Secrétaire général. Elle soumet à l'Assemblée observations et recommandations à leur sujet.
- (d) La Commission des finances élit son Président et son Vice-président.»

Article 7

Article VII of the Convention is amended to read as follows:

- (a) "The Finance Committee shall be open to all Member States. Each Member State shall have one vote.
- (b) The Finance Committee shall normally be convened in conjunction with each ordinary session of the Assembly and may convene additional meetings as appropriate.
- (c) The functions of the Finance Committee shall be to review the financial statements, budget estimates and reports on administrative matters prepared by the Secretary-General and to present its observations and recommendations thereon to the Assembly.
- (d) The Finance Committee shall elect its Chair and Vice-Chair".

Artikel 7

Artikel VII des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

- „a) Der Finanzausschuss steht allen Mitgliedstaaten offen. Jeder Mitgliedstaat hat eine Stimme.
- b) Der Finanzausschuss wird in der Regel in Verbindung mit den ordentlichen Tagungen der Versammlung einberufen und kann gegebenenfalls zu zusätzlichen Sitzungen zusammentreten.
- c) Der Finanzausschuss hat die Aufgabe, die vom Generalsekretär ausgearbeiteten Finanzberichte, Haushaltsvoranschläge und Berichte zu Verwaltungsangelegenheiten zu prüfen und seine diesbezüglichen Bemerkungen und Empfehlungen der Versammlung vorzulegen.
- d) Der Finanzausschuss wählt seinen Vorsitzenden und seinen stellvertretenden Vorsitzenden.“

Article 8

Le texte de l'article VIII de la Convention est remplacé par le texte suivant:

- (a) «Le Secrétariat comprend un Secrétaire général, des Directeurs ainsi que tout personnel dont l'Organisation peut avoir besoin.
- (b) Le Secrétaire général est chargé de tenir à jour tous les enregistrements nécessaires à l'accomplissement des tâches de l'Organisation et de préparer, recueillir et distribuer tous renseignements demandés.
- (c) Le Secrétaire général est le plus haut fonctionnaire de l'Organisation.

Article 8

Article VIII of the Convention is amended to read as follows:

- (a) "The Secretariat shall comprise a Secretary-General, Directors and such other personnel as the Organization may require.
- (b) The Secretary-General shall maintain all such records as may be necessary for the efficient discharge of the work of the Organization and shall prepare, collect, and circulate any documentation that may be required.
- (c) The Secretary-General shall be the chief administrative officer of the Organization.

Artikel 8

Artikel VIII des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

- „a) Das Sekretariat besteht aus einem Generalsekretär, Direktoren sowie dem sonstigen von der Organisation benötigten Personal.
- b) Der Generalsekretär führt alle für die wirksame Erledigung der Arbeit der Organisation erforderlichen Akten; er verfasst, sammelt und verteilt alle Unterlagen, die benötigt werden.
- c) Der Generalsekretär ist der leitende Verwaltungsbedienstete der Organisation.

- | | | |
|--|---|---|
| <p>(d) Le Secrétaire général:</p> <p>(i) établit et soumet à la Commission des finances et au Conseil les comptes annuels ainsi qu'un budget triennal indiquant séparément les prévisions correspondant à chaque année; et</p> <p>(ii) est chargé de tenir les Etats membres au courant de l'activité de l'Organisation.</p> <p>(e) Le Secrétaire général assume toutes les autres tâches qui peuvent lui être attribuées par la Convention, l'Assemblée ou le Conseil.</p> <p>(f) Dans l'accomplissement de leurs devoirs, le Secrétaire général, les Directeurs et le personnel ne sollicitent ou n'acceptent d'instructions d'aucun Etat membre ni d'aucune autorité extérieure à l'Organisation. Ils s'abstiennent de tout acte incompatible avec leur situation de fonctionnaires internationaux. Chaque Etat membre, pour sa part, s'engage à respecter le caractère purement international des fonctions du Secrétaire général, des Directeurs et du personnel et à ne pas chercher à les influencer dans l'exécution de leur tâche.»</p> | <p>(d) The Secretary-General shall:</p> <p>(i) Prepare and submit to the Finance Committee and the Council the financial statements for each year and budget estimates on a three-year basis, with the estimates for each year shown separately; and</p> <p>(ii) Keep Member States informed with respect to the activities of the Organization.</p> <p>(e) The Secretary-General shall perform such other tasks as may be assigned by the Convention, the Assembly or the Council.</p> <p>(f) In the performance of their duties, the Secretary-General, the Directors and the personnel shall not seek or receive instructions from any Member State or from any authority external to the Organization. They shall refrain from any action that may be incompatible with their positions as international officials. Each Member State on its part undertakes to respect the exclusively international character of the responsibilities of the Secretary-General, the Directors and the personnel and not seek to influence them in the discharge of their responsibilities.”</p> | <p>d) Der Generalsekretär</p> <p>i) erarbeitet die Finanzberichte für jedes Jahr und den Haushaltsvoranschlag für drei Jahre, wobei die Voranschläge für jedes Jahr getrennt anzuführen sind, und legt sie dem Finanzausschuss sowie dem Rat vor und</p> <p>ii) unterrichtet die Mitgliedstaaten laufend über die Tätigkeit der Organisation.</p> <p>e) Der Generalsekretär nimmt alle sonstigen Aufgaben wahr, die ihm vom Übereinkommen, der Versammlung oder dem Rat übertragen werden.</p> <p>f) Der Generalsekretär, die Direktoren und das Personal dürfen bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten von einem Mitgliedstaat oder einer Stelle außerhalb der Organisation Weisungen weder erbitten noch entgegennehmen. Sie haben jede Handlung zu unterlassen, die mit ihrer Stellung als internationale Bedienstete unvereinbar sein könnte. Jeder Mitgliedstaat verpflichtet sich seinerseits, den ausschließlich internationalen Charakter der Aufgaben des Generalsekretärs, der Direktoren und des Personals zu achten und nicht zu versuchen, sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.“</p> |
|--|---|---|

Article 9

Le texte de l'article IX de la Convention est remplacé par le texte suivant:

«Dans les cas où les décisions ne peuvent être prises par consensus, les dispositions suivantes s'appliquent:

- (a) Si la présente Convention n'en dispose pas autrement, chaque Etat membre détient une voix.
- (b) En ce qui concerne l'élection du Secrétaire général et des Directeurs, chaque Etat membre dispose d'un nombre de voix déterminé par un barème établi en fonction du tonnage de ses flottes.
- (c) Si la présente Convention n'en dispose pas autrement, les décisions sont prises à la majorité des Etats membres présents et votant; en cas de partage égal des voix, celle du Président est prépondérante.
- (d) Les décisions prises sur des sujets touchant au programme d'action ou aux finances de l'Organisation, y compris les amendements aux Règlements général et financier, le sont à la majorité des deux tiers des Etats membres présents et votant.
- (e) Aux fins des alinéas (c) et (d) du présent article ainsi que de l'alinéa (b) de l'article XXI ci-dessous, l'expression «Etats membres présents et votant» signifie «Etats membres présents et exprimant un vote affirmatif ou négatif».

Article 9

Article IX of the Convention is amended to read as follows:

“Where decisions cannot be reached by consensus, the following provisions shall apply:

- (a) Except as otherwise provided in this Convention, each Member State shall have one vote.
- (b) For the election of the Secretary-General and the Directors, each Member State shall have a number of votes determined by a scale established in relation to the tonnage of their fleets.
- (c) Except as otherwise provided in this Convention, decisions shall be taken by a simple majority of Member States present and voting, and if the votes are tied the Chair shall decide.
- (d) Decisions taken on matters related to the policy or finances of the Organization, including amendments to the General and Financial Regulations, shall be taken by a two-thirds majority of Member States present and voting.
- (e) With respect to subparagraphs (c) and (d) of this Article and subparagraph (b) of Article XXI below, the phrase “Member States present and voting” means Member States present and casting an affirmative or negative vote.”

Artikel 9

Artikel IX des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Kann ein Beschluss nicht durch Konsens gefasst werden, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Sofern dieses Übereinkommen nichts anderes vorsieht, hat jeder Mitgliedstaat eine Stimme.
- b) Bei der Wahl des Generalsekretärs und der Direktoren verfügt jeder Mitgliedstaat über eine Stimmenzahl, die nach einer in Abhängigkeit von der Tonnage der Flotten der Mitgliedstaaten aufgestellten Tabelle festgelegt wird.
- c) Sofern dieses Übereinkommen nichts anderes vorsieht, bedürfen Beschlüsse der einfachen Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedstaaten; bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.
- d) Beschlüsse über Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Ausrichtung oder den Finanzen der Organisation, einschließlich Änderungen der Allgemeinen Geschäftsordnung und der Finanzordnung, bedürfen der Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedstaaten.
- e) Als „anwesende und abstimmende Mitgliedstaaten“ im Sinne der Buchstaben c und d und des Artikels XXI Buchstabe b gelten anwesende Mitgliedstaaten, die eine Ja- oder Nein-Stimme abgeben. Mitgliedstaaten, die sich der

tif». Les Etats membres qui s'abstiennent sont considérés comme ne votant pas.

- (f) En cas de soumission aux Etats membres, conformément aux dispositions de l'article VI (g) (vii), les décisions sont prises à la majorité des Etats membres votant, le nombre minimum de votes affirmatifs requis représentant au moins un tiers de tous les Etats membres.»

Article 10

Le texte de l'article X de la Convention est remplacé par le texte suivant:

«Pour des questions relevant de sa compétence, l'Organisation peut coopérer avec des organisations internationales qui ont des intérêts et des activités apparentés aux buts qu'elle poursuit.»

Article 11

Le texte de l'article XI de la Convention est remplacé par le texte suivant:

«Les modalités de fonctionnement de l'Organisation sont définies par le Règlement général et le Règlement financier qui sont annexés à la présente Convention mais qui n'en font pas partie intégrante. En cas de divergence entre la présente Convention et le Règlement général ou le Règlement financier, la Convention prévaut.»

Article 12

L'Article XIII de la Convention est remplacé par le texte suivant:

«L'Organisation possède la personnalité juridique. Elle jouit sur le territoire de chacun de ses Etats membres, et sous réserve de l'accord de l'Etat membre intéressé, des privilèges et immunités qui lui sont nécessaires pour l'exercice de ses fonctions et la poursuite de ses objectifs.»

Article 13

- (a) A l'article XIV (a) de la Convention, l'expression «Gouvernements Membres» est remplacée par «Etats membres».
- (b) A l'article XIV (b) de la Convention, les mots «Commission des finances» sont remplacés par «l'Assemblée».

Article 14

Le texte de l'article XV de la Convention est remplacé par le texte suivant:

«Tout Etat membre qui est en retard de deux ans dans le versement de ses contributions est privé des droits de vote, avantages et prérogatives accordés aux Etats membres par la Convention et par les Règlements, jusqu'au versement de ses contributions échues.»

vote. Member States that abstain from voting shall be considered as not voting.

- (f) In the case of a submission to Member States in accordance with Article VI (g) (vii), the decision shall be taken by a majority of the Member States who cast a vote, with the minimum number of affirmative votes being at least one-third of all Member States.»

Article 10

Article X of the Convention is amended to read as follows:

“In relation to matters within its scope, the Organization may cooperate with international organizations whose interests and activities are related to the purpose of the Organization.”

Article 11

Article XI of the Convention is amended to read as follows:

“The functioning of the Organization shall be set forth in detail in the General and Financial Regulations, which are annexed to this Convention but do not form an integral part thereof. In the event of any inconsistency between this Convention and the General or Financial Regulations, this Convention shall prevail.”

Article 12

Article XIII of the Convention is amended to read as follows:

“The Organization shall have legal personality. In the territory of each of its Member States it shall enjoy, subject to agreement with the Member State concerned, such privileges and immunities as may be necessary for the exercise of its functions and the fulfilment of its object.”

Article 13

- (a) In Article XIV (a) of the Convention, the phrase “Member Governments” is replaced by the phrase “Member States” throughout.
- (b) In Article XIV (b) of the Convention, “Finance Committee” is replaced by “Assembly” throughout.

Article 14

Article XV of the Convention is amended to read as follows:

“Any Member State which is two years in arrears in its contributions shall be denied all voting rights and benefits conferred on Member States by the Convention and the Regulations until such time as the outstanding contributions have been paid.”

Stimme enthalten, gelten als nicht abstimmende Mitgliedstaaten.

- f) Im Fall der Verweisung an die Mitgliedstaaten nach Artikel VI Buchstabe g Ziffer vii bedarf der Beschluss der Mehrheit der Mitgliedstaaten, die ihre Stimme abgeben, wobei mindestens ein Drittel aller Mitgliedstaaten eine Ja-Stimme abgegeben haben muss.“

Artikel 10

Artikel X des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Die Organisation kann in allen in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Angelegenheiten mit internationalen Organisationen zusammenarbeiten, deren Interessen und Tätigkeiten mit den Zielen der Organisation verwandt sind.“

Artikel 11

Artikel XI des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Die Arbeitsweise der Organisation ist in der Allgemeinen Geschäftsordnung und der Finanzordnung niedergelegt, die diesem Übereinkommen beigelegt, jedoch nicht Bestandteil desselben sind. Bei Unstimmigkeiten zwischen diesem Übereinkommen und der Allgemeinen Geschäftsordnung oder der Finanzordnung ist das Übereinkommen maßgebend.“

Artikel 12

Artikel XIII des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie genießt im Hoheitsgebiet jedes ihrer Mitgliedstaaten vorbehaltlich einer Einigung mit dem betreffenden Mitgliedstaat die Vorrechte und Immunitäten, derer sie für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben und die Erfüllung ihres Zweckes bedarf.“

Artikel 13

- a) In Artikel XIV Buchstabe a des Übereinkommens wird der Ausdruck „Mitgliedsregierungen“ jeweils durch den Ausdruck „Mitgliedstaaten“ ersetzt.
- b) In Artikel XIV Buchstabe b des Übereinkommens wird der Ausdruck „des Finanzausschusses“ jeweils durch den Ausdruck „der Versammlung“ ersetzt.

Artikel 14

Artikel XV des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Jedem Mitgliedstaat, der zwei Jahre mit der Zahlung seiner Beiträge im Rückstand ist, werden die den Mitgliedstaaten durch dieses Übereinkommen und die Ordnungen gewährten Stimmrechte und Vergünstigungen entzogen, bis seine fälligen Beiträge gezahlt sind.“

Article 15

L'article XVI de la Convention est remplacé par le texte suivant:

- (a) «Le gouvernement de Son Altesse Sérénissime le Prince de Monaco est désigné comme Dépositaire.
- (b) Le présent original de la Convention est versé aux archives du Dépositaire qui transmet des copies dûment certifiées à tous les Etats membres qui ont signé ou ont adhéré à la présente Convention.
- (c) Le Dépositaire
- (i) informe le Secrétaire général et tous les Etats membres de toute demande d'adhésion qui lui est faite par les Etats mentionnés à l'article XX (b); et
- (ii) informe le Secrétaire général et tous les Etats membres qui ont signé la présente Convention ou y ont adhéré:
- de chaque nouvelle signature ou dépôt de chaque instrument de ratification, acceptation, approbation ou adhésion ainsi que de leurs dates respectives;
 - de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention ou du texte de toute modification qui lui serait apportée; et
 - du dépôt de tout instrument de dénonciation de la présente Convention ainsi que de la date à laquelle il a été reçu et de celle à laquelle la dénonciation prend effet.

Dès son entrée en vigueur, toute modification à la présente Convention est publiée par le Dépositaire et enregistrée par ses soins auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies.»

Article 16

Dans l'article XVII de la Convention, l'expression «Comité de direction» est remplacée par l'expression «le Secrétaire général de l'Organisation».

Article 17

Le texte de l'article XX de la Convention est remplacé par le texte suivant:

- (a) «La présente Convention est ouverte à l'adhésion de tout Etat membre des Nations Unies. La Convention entre en vigueur pour cet Etat à la date à laquelle il a déposé son instrument d'adhésion auprès du Dépositaire qui en informe le Secrétaire général et l'ensemble des Etats membres.
- (b) Un Etat non-membre des Nations Unies peut adhérer à la présente Convention seulement s'il en fait la

Article 15

Article XVI of the Convention is amended to read as follows:

- (a) "The Government of His Serene Highness the Prince of Monaco shall serve as Depositary.
- (b) This original of the Convention shall be held by the Depositary, which shall transmit certified copies of this Convention to all States that have signed it or acceded thereto.
- (c) The Depositary shall:
- (i) Inform the Secretary-General and all Member States of applications for accession received by it from States referred to in Article XX (b); and
- (ii) Inform the Secretary-General and all States which have signed this Convention or acceded thereto of:
- Each new signature or deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession, together with the date thereof;
 - The date of entry into force of this Convention or any amendment thereto; and
 - The deposit of any instrument of denunciation of the Convention, together with the date on which it was received and the date on which the denunciation takes effect.

As soon as any amendment of this Convention enters into force it shall be published by the Depositary and registered with the Secretariat of the United Nations in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations."

Article 16

In Article XVII of the Convention, the phrase "Directing Committee" is replaced by the phrase "Secretary-General of the Organization".

Article 17

Article XX of the Convention is amended to read as follows:

- (a) "This Convention shall be open for accession by any State that is a member of the United Nations. The Convention shall enter into force for such a State on the date on which it has deposited its instrument of accession with the Depositary, which shall inform the Secretary-General and all Member States.
- (b) A State that is not a member of the United Nations may only accede to this Convention by applying to the Depo-

Artikel 15

Artikel XVI des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

- „a) Die Regierung seiner Durchlaucht des Fürsten von Monaco nimmt die Aufgaben des Verwahrers wahr.
- b) Diese Urschrift des Übereinkommens wird vom Verwahrer aufbewahrt; dieser übermittelt allen Staaten, die es unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften dieses Übereinkommens.
- c) Der Verwahrer
- i) unterrichtet den Generalsekretär und alle Mitgliedstaaten von Beitrittsanträgen, die er von den in Artikel XX Buchstabe b bezeichneten Staaten erhalten hat, und
- ii) unterrichtet den Generalsekretär und alle Staaten, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, von
- jeder neuen Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde sowie dem jeweiligen Zeitpunkt,
 - dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens sowie jeder Änderung des Übereinkommens und
 - der Hinterlegung jeder Kündigungsurkunde zu diesem Übereinkommen sowie dem Zeitpunkt, zu dem sie eingegangen ist, und dem Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird.

Sogleich nach Inkrafttreten einer Änderung dieses Übereinkommens wird sie vom Verwahrer veröffentlicht und nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen beim Sekretariat der Vereinten Nationen registriert.“

Artikel 16

In Artikel XVII des Übereinkommens wird der Ausdruck „Direktionsausschusses“ durch den Ausdruck „Generalsekretärs der Organisation“ ersetzt.

Artikel 17

Artikel XX des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

- „a) Dieses Übereinkommen liegt für jeden Staat, der Mitglied der Vereinten Nationen ist, zum Beitritt auf. Das Übereinkommen tritt für den betreffenden Staat an dem Tag in Kraft, an dem er seine Beitrittsurkunde beim Verwahrer hinterlegt; dieser unterrichtet den Generalsekretär und alle Mitgliedstaaten.
- b) Ein Staat, der nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, kann diesem Übereinkommen nur beitreten, wenn er

demande au Dépositaire et si sa demande d'adhésion est approuvée par les deux tiers des Etats membres. La Convention entre en vigueur pour cet Etat à la date à laquelle il a déposé son instrument d'adhésion auprès du Dépositaire qui en informe le Secrétaire général et l'ensemble des Etats membres.»

Article 18

Le texte de l'article XXI de la Convention est remplacé par le texte suivant:

- (a) «Tout Etat membre peut proposer des modifications à la présente Convention. Les propositions de modification sont transmises au Secrétaire général six mois avant que l'Assemblée ne tienne sa prochaine session.
- (b) Les propositions de modification sont examinées par l'Assemblée qui se prononce à leur égard à la majorité des deux tiers des Etats membres présents et votant. Lorsqu'une proposition de modification a été approuvée par l'Assemblée, le Secrétaire général de l'Organisation prie le Dépositaire de la soumettre à tous les Etats membres.
- (c) La modification entre en vigueur pour tous les Etats membres trois mois après que les notifications d'approbation des deux tiers des Etats membres ont été reçues par le Dépositaire.»

Article 19

Le texte de l'article XXII de la Convention est remplacé par le texte suivant:

«A l'expiration d'un délai de cinq ans à partir de son entrée en vigueur, la présente Convention pourra être dénoncée par l'une quelconque des Parties Contractantes avec un préavis d'au moins un an, au moyen d'une notification adressée au Dépositaire. La dénonciation prendra effet au 1^{er} janvier suivant l'expiration du délai de préavis et entraînera la renonciation de l'Etat intéressé aux droits et avantages conférés par la qualité de membre de l'Organisation.»

Article 20

Les amendements adoptés au cours des XIII^e et XV^e Conférences qui ne sont pas entrés en vigueur conformément aux dispositions de l'article XXI (3) de la Convention, sont déclarés nuls et nonavenus après l'entrée en vigueur des présentes modifications.

Conformément à l'article XXI (3) de la Convention relative à l'OHI, les modifications mentionnées ci-dessus, de l'article 1 à l'article 20 entrent en vigueur à l'égard de toutes les Parties Contractantes trois mois après que les notifications d'approbation des deux tiers des Etats membres ont été reçues par le Dépositaire.

sitary, and by having its application approved by two-thirds of the Member States. The Convention shall enter into force for such a State on the date on which it has deposited its instrument of accession with the Depositary, which shall inform the Secretary-General and all Member States.»

Article 18

Article XXI of the Convention is amended to read as follows:

- (a) "Any Member State may propose amendments to this Convention. Proposals of amendments shall be transmitted to the Secretary-General not less than six months prior to the next session of the Assembly.
- (b) Proposals of amendments shall be considered by the Assembly and decided upon by a majority of two-thirds of the Member States present and voting. When a proposed amendment has been approved by the Assembly, the Secretary-General of the Organization shall request the Depositary to submit it to all Member States.
- (c) The amendment shall enter into force for all Member States three months after notifications of consent to be bound by two-thirds of the Member States have been received by the Depositary."

Article 19

Article XXII of the Convention is amended to read as follows:

"Upon expiration of a period of five years after its entry into force, this Convention may be denounced by any Contracting Party by giving at least one year's notice, in a notification addressed to the Depositary. The denunciation shall take effect upon 1 January next following the expiration of the notice and shall involve the abandonment by the State concerned of all rights and benefits of membership in the Organization."

Article 20

The amendments adopted during the XIIIth and XVth Conferences, which have not entered into force according to Article XXI (3) of the Convention, shall not hereafter enter into force.

In accordance with Article XXI (3) of the IHO Convention, the amendments here above mentioned from Article 1 to Article 20 shall enter into force for all Contracting Parties three months after notifications of approval by two-thirds of the Member States have been received by the Depositary.

beim Verwahrer einen entsprechenden Antrag stellt und dieser von zwei Dritteln der Mitgliedstaaten gebilligt wird. Das Übereinkommen tritt für den betreffenden Staat an dem Tag in Kraft, an dem er seine Beitrittsurkunde beim Verwahrer hinterlegt; dieser unterrichtet den Generalsekretär und alle Mitgliedstaaten.“

Artikel 18

Artikel XXI des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

- „a) Jede Vertragspartei kann Änderungen dieses Übereinkommens vorschlagen. Die Änderungsvorschläge werden dem Generalsekretär mindestens sechs Monate vor der nächsten Tagung der Versammlung übermittelt.
- b) Die Änderungsvorschläge werden von der Versammlung geprüft; Beschlüsse darüber bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden und abstimmenden Mitgliedstaaten. Ist ein Änderungsvorschlag von der Versammlung genehmigt worden, so ersucht der Generalsekretär der Organisation den Verwahrer, ihn allen Mitgliedstaaten vorzulegen.
- c) Die Änderung tritt für alle Mitgliedstaaten drei Monate nach dem Tag in Kraft, an dem beim Verwahrer die Notifikationen von zwei Dritteln der Mitgliedstaaten eingegangen sind, in denen diese zustimmen, gebunden zu sein.“

Artikel 19

Artikel XXII des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Nach Ablauf von fünf Jahren seit seinem Inkrafttreten kann dieses Übereinkommen von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von mindestens einem Jahr durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation gekündigt werden. Die Kündigung wird an dem auf den Ablauf der Kündigungsfrist folgenden 1. Januar wirksam und hat den Verzicht des betreffenden Staates auf die mit der Mitgliedschaft in der Organisation verbundenen Rechte und Vergünstigungen zur Folge.“

Artikel 20

Die während der XIII. und XV. Konferenz angenommenen Änderungen, die nicht nach Artikel XXI Absatz 3 des Übereinkommens in Kraft getreten sind, treten nicht mehr in Kraft.

Nach Artikel XXI Absatz 3 des IHO-Übereinkommens treten die oben genannten Änderungen von Artikel 1 bis Artikel 20 für alle Vertragsparteien drei Monate nach dem Tag in Kraft, an dem Genehmigungsnotifikationen von zwei Dritteln der Mitgliedstaaten beim Verwahrer eingegangen sind.

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
von Änderungen des Artikels 1 und der Anlage 1
des Übereinkommens über internationale Beförderungen
leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel,
die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP)**

Vom 26. Juli 2016

Nach Artikel 2 Absatz 4 der Verordnung vom 29. Juni 2016 (BGBl. II S. 802) zur Änderung des Artikels 1 und der Anlage 1 des Übereinkommens vom 1. September 1970 (BGBl. 1974 II S. 565, 566; 2015 II S. 259, 260) über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (Dreizehnte Verordnung zur Änderung des ATP-Übereinkommens), wird bekannt gemacht, dass die mit Notifikation des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vom 19. März 2015 übermittelten Änderungen des Artikels 1 und der Anlage 1 des Übereinkommens nach Artikel 18 Absatz 6 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen Vertragsparteien

am 19. Dezember 2016

in Kraft treten werden.

Berlin, den 26. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Zweiten Zusatzprotokolls
zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen**

Vom 26. Juli 2016

Das Zweite Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. 2014 II S. 1038, 1039) wird nach seinem Artikel 30 Absatz 3 für die

Türkei* am 1. November 2016
nach Maßgabe einer Erklärung zu Artikel 4 und von Vorbehalten gemäß
Artikel 11 Absatz 4 und gemäß Artikel 33 Absatz 2 zu den Artikeln 16 und 17
des Zweiten Zusatzprotokolls sowie einer Erklärung zu Zypern

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 25. November 2015 (BGBl. II S. 1619).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Protokoll, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.conventions.coe.int einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Protokoll zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 26. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Postanschrift: 11015 Berlin

Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz

Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II

Postanschrift: 53094 Bonn

Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn

Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH

Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 63,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 4,85 € (3,80 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Protokolls über den Beitritt des Königreichs der Niederlande
zu dem Übereinkommen über den Bau und Betrieb
einer Europäischen Synchrotronstrahlungsanlage**

Vom 26. Juli 2016

Das in Paris am 9. Dezember 1991 von den Regierungen des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Finnland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Königreichs der Niederlande, des Königreichs Norwegen, des Königreichs Schweden, der Schweizerischen Eidgenossenschaft, des Königreichs Spanien und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland unterzeichnete Protokoll über den Beitritt des Königreichs der Niederlande zu dem Übereinkommen vom 16. Dezember 1988 über den Bau und Betrieb einer Europäischen Synchrotronstrahlungsanlage (BGBl. 2006 II S. 482, 483) ist nach seinem Artikel 5 für die

Bundesrepublik Deutschland und
die übrigen Vertragsparteien

am 23. Juli 2016

in Kraft getreten; die deutsche Ratifikationsurkunde war am 12. Juni 2006 bei der Regierung der Französischen Republik als Verwahrer des Protokolls hinterlegt worden.

Berlin, den 26. Juli 2016

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Michael Koch